

Die Freiheit

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 13111.
Fernsprecher Amt Norden 2593 und 2596.

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 13111.
Fernsprecher: Amt Norden 11007 und 11008.

Die „Freiheit“ erscheint zweimal täglich, morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei steter Zustellung ins Haus für Groß-Berlin monatlich 3 Mark, nach außerhalb (Zustellung unter Streifenband) 4 Mark. Bestellungen sind bis auf weiteres ausschließlich an die Expedition zu richten. Für die Erledigung auswärtiger Bestellungen ist vorherige Einzahlung der Bezugsgebühr erforderlich.

Berliner Organ

Inserate kosten die siebenstellige Millimeterzeile ober deren Raum 30 Pf. „Kleine Anzeigen“ das selbige druckte Wort 30 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf. Teuerungszuschlag 30 Prozent. Bei Familienanzeigen und Bestimmungsbildungen von Gewerkschaften und politischen Organisationen fällt der Teuerungszuschlag fort. Inserate für die Morgenausgabe müssen bis 5 Uhr abends am Tage zuvor, Inserate für die Nachmittagsausgabe bis vorm. 11 Uhr bei der Expedition aufgegeben sein.

der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Jahrgang 1

Donnerstag, den 21. November 1918

Nummer 11

Die Lebenden an die Toten.

Hunderttausende von Menschen sind gestern hinausgezogen, um den Opfern der Revolutionskämpfe die letzte Ehre zu erweisen. Die Arbeiter und Soldaten, die in den ersten Reihen der Revolutionskämpfer gestanden, bildeten auch die große Mehrheit derer, die ihre gefallenen Kameraden zu Grabe geleiteten. Herzliche, tief empfundene Worte wurden gesprochen, erhebend und imponierend war das äußere Bild der Feier die an Größe wohl alles übertraf, was wir sonst hier gesehen. Aber der Hauptinhalt der gestrigen Revolutionsfeier bestand nicht in Worten, nicht in den Guldigungen, die wir den gefallenen Kämpfern darbrachten. Er bestand darin, daß das arbeitende Volk Berlins und seine Brüder im Wassertrud zum ersten Male als geschlossene Masse sich zusammengefunden hatten, um gemeinsam den Willen zu bekunden, den Kampf weiter zu führen, an dessen Anfang unsere toten Kameraden fielen.

Bisher war uns das Andenken gefallener Freiheitskämpfer ein steter Antrieb zum Kampf gegen Knechtschaft und Ausbeutung, gegen Ungerechtigkeit und Tyrannie. Die Toten riefen die Lebenden! Sie warnten sie an zur unermüdbaren Arbeit, sie stärkten ihr Gewissen sie feuerten ihren Opfermut an. Dieser Antrieb bleibt auch heute bestehen, denn wir sind noch nicht so weit, daß wir auf Vorbeeren ausruhen und den Kampf, der erst in den Anfängen steht, abbrechen dürfen. Aber wir haben jetzt schon das Recht, auch zu den Toten zu sprechen. Wir Lebenden dürfen nun an unsere gefallenen Kameraden, an alle, die früher für uns gekämpft und gelitten, an alle die, wo es auch sei, für den Sozialismus wirkten und fielen, Worte freudigen Dankes, Worte der Zuerstung richten. Wir können ihnen sagen, daß wir endlich die Schmach unseres Nachhausekommens ausgekostet, daß wir die Sklavensketten, die uns fesselten, zerrissen, daß wir den Hort der Weltreaktion, den preussisch-deutschen Militarstaat fortgesetzt und daß wir nun voll einheitlichen Willens und eiserner Zuversicht daran schreiten, die Fundamente herzustellen für die endliche Befreiung der leidenden Menschheit vom Joch des Kapitalismus.

Wir sind uns dessen bewußt, welche ungeheure Schwierigkeiten wir zu überwinden haben. Wir wissen auch, daß wir nur die ersten Schritte getan, daß die Feinde zahlreich, daß unsere eigenen Kräfte noch zerstückelt und nicht genügend organisiert sind. Aber weil wir das wissen, werden wir das Rechte aus uns herauszuholen suchen, um an unsern Werken weiter zu bauen, werden wir unseren Willen stärken, unsern Augen schärfen, unsere Kräfte sammeln, um nicht auf halbem Wege stehen bleiben zu müssen.

In seinem Bericht, den Genosse Rich. Müller im Namen des Volksbildungsamtes vorgestern dem Berliner Arbeiterrat erstattete, stellte er fest, daß wir ein fürchtbares Erbe von der alten Regierung übernommen haben. Das deutsche Proletariat hat die Herrschaft angetreten in einem Augenblick, wo das ganze Reich einem Trümmerhaufen gleicht. Noch sieht das Volk die ungeheure Tragik der Lage nicht, in die es durch die verbrecherische Politik der Regierung und der bestehenden Klassen gestürzt worden ist. Aber mit dem Zurückfluten unserer Truppen, mit dem Fortschreiten der Demobilisierung, mit der Durchführung der drückenden Waffenstillstandsbedingungen werden die Schwierigkeiten der Arbeitsbeschaffung und der Volksernährung sich steigern, werden die Ansprüche wachsen, die das Volk an den wirtschaftlichen und staatlichen Apparat richten wird.

Für das siegreiche Proletariat ergeben sich hieraus Aufgaben von ungeheurer Wichtigkeit. Es hat keinen Augenblick Zeit, um sich der Freude über den erlangten Sieg hinzugeben. Es hat nicht die Möglichkeit sich an die Fortführung des Kampfes gegen seine Klasse, gegen

zu denken. Es muß arbeiten, rastlos, unermüdblich arbeiten, um die Fundamente seiner Macht den wirtschaftlichen und staatlichen Aufbau zu sichern, von dessen Existenz auch seine eigene Zukunft abhängt.

Aber darüber kann es keine Klagen, keine Augenblicke im Zweifel lassen, daß es nicht daran denkt, diese gewaltige Arbeit in ihrem Interesse, im Interesse des Kapitals zu vollbringen. Wenn das deutsche Proletariat jetzt an die Forträumung des Trümmerhaufens herangeht, die der Krieg ihm hinterlassen, so vergißt es keines Augenblicks die unauslöschliche Schuld der bestehenden Klassen, die den Krieg angezettelt und geführt, die das Blut der Gefallenen in Milliardenverdienste umgemünzt und den Frieden hinausgeschögert haben, weil sie noch nicht genug am Kriege verdient, noch zu wenig Beute aus den eroberten Provinzen heimgeholt hatten. Jetzt sind diese Schichten von der Bildfläche verschwunden. Jetzt halten sie sich im Hintergrund und warten, bis das Proletariat das Schwert vollbracht, das Band über die fürchtbarste Krise, die es je erlebt, hinweggeholt. Sie warten und hoffen. Sie wählen im geheimen und hatten der Stunde, wo sie wieder als Herren, als Befehlshaber des Volkes hervortreten können. Sie täuschen sich, wenn sie glauben, diese Stunde werde kommen. Mit der alten Herrlichkeit der Vorzugten und Besitzenden ist es endgültig vorbei. Das deutsche Proletariat wird sich nicht wieder unter das alte Joch beugen lassen. Es wird nicht revoltieren, es wird keine Putzche versuchen, es wird der Gegenrevolution keinen Anlaß geben, es wieder an die Gurgel zu packen. Es wird in ruhiger, zielbewusster Arbeit, gestützt auf seine Kraft, auf seine Diszipliniertheit, auf seine politische und wirtschaftliche Schulung, an den Aufbau seines eigenen Reiches, des Reiches des Sozialismus und der Gerechtigkeit schreiten. Es wird keinen von dieser Arbeit ausschließen, es wird niemandem verwehren, an der Neugestaltung des Staates und der Wirtschaft mitzuarbeiten, es wird niemandem vergewaltigen und niemand Freiheit berauben. Es wird aber auch andererseits nicht zulassen, daß die organisierte Vergewaltigung und Freiheitsberaubung, die organisierte Ungerechtigkeit und organisierte Ungleichheit die den Sinn des kapitalistischen Systems ausmachen, weiter bestehen bleiben sollen. In welchen Formen und in welchem Tempo sich dies vollziehen wird, hängt von Faktoren ab, über die erst die nächsten Wochen und Monate entscheiden werden. Maßgebend aber ist vor allem die Tatsache, daß die Umgestaltung im sozialistischen Sinne kommt, daß das Proletariat mit allen Fibern seiner Seele daran hängt, ja daß es keine andere Rettung aus dem Kriegselend gibt, als die Verwirklichung seiner sozialistischen Endziele.

Deshalb konnten die Lebenden, die gestern zu den Toten sprachen, ruhig verkünden, daß die Ziele, für die unsere Genossen fielen, der Verwirklichung nahe sind.

Der Sozialismus ist auf dem Marsch! Frisch auf, ans Werk, Kameraden!

Das Begräbnis der Opfer der Revolution.

Ein trüber grauer Novembertag brach an, ein Dinstag — ungewöhnlich der letzte in Preußen — wie ihn die deutsche Reichshauptstadt noch nie erlebt hat. Schon am frühen Morgen strömten Tausende und Abertausende auf allen Zugangsstraßen nach dem

Tempelhafer Felde.

Auf dem östlichen Teile des historischen Paradesfeldes, nicht weit von der Straße, die so oft der Schauplatz eines militärischen Gepranges war, fand um 11 Uhr vormittags die Trauerfeier für die Opfer der Berliner Revolutionslage statt. Hier war ein großes, kreisförmig angelegtes Holzpodium in der Mitte zum Aufsteigen errichtet worden. Auf dem Schwarz gehaltenen Unterbau erhob sich in 5 Meter Höhe ein würdiger, vollkommener Aufbau. Die

acht Säule der Gefallenen standen, je vier nach Osten und Westen, auf dem Untergerüst, dessen Frontlänge 14 Meter und dessen Seitenlänge 12 Meter betrug. Die Rednertribüne, die rot ausgeschlagen war, richtete sich gegen Tempelhafer ungeheure Menschenmassen. Ununterbrochen rückten von allen Seiten die Abordnungen der Groß-Berliner Truppenteile, der Gewerkschaftsverbände und fast sämtlicher großer und mittlerer Fabrikunternehmungen Groß-Berlins heran. Überall wehten die roten, uniformierten Fahnen und Banner.

Vor dem Rednerpult hatten die näheren Angehörigen der Gefallenen ihre Plätze angemessen erhalten. Dahinter standen in weitem Halbkreis die zahlreichen Krangabteilungen der Fraktionen und Verbände, Gewerkschaften, Fabriken usw. Es war Punkt 11 Uhr, als 50 Posaunenbläser, die in dem roten Aufbau versteckt waren, in drei langgezogenen Tönen den Beginn der Feier verkündeten.

Als erster Redner sprach Richard Müller im Namen des Volksbildungsamtes der Arbeiter- und Soldatenräte. Er führte etwa aus: „Ich sende den Gefallenen die letzten Grüße. Am 9. November zogen wir aus und kehrten nach wenigen Tagen siegreich zurück. Es ziemt sich heute nicht, zu klagen. Mit Stolz gedenken wir des Todes dieser Proletarierkinder, deren Namen mit goldenen Letztern für ewig in das Buch der Geschichte eingetragen sind.“

Der nächste Redner war Brutus Kollenskuhr, der darauf hinwies, daß die Soldaten, die länger als vier Jahre die Werkzeuge der Reaktion waren, sich nun an die Spitze des deutschen Volkes stellten. So tapfer wie sie gegen den äußeren Feind gekämpft haben, mit dem gleichem Eifer werden sie sich gegen den inneren Feind wenden. Die Republik wird stets auf sie zählen können.“

Genossin Ickert für die Regierung Genosse Haase das Wort und sagte mit weithinreichender Stimme: „70 Jahre sind vergangen, 70 Jahre der Enttäuschungen, der Unterdrückung und der Knechtschaft. Unfähig pflanzten am 18. März die Arbeitermassen noch dem kleinen Friedhof hinaus, um das Gedächtnis jener Revolutionen, der Märzgefallenen zu ehren. Man muß sich einbilden, als ob die revolutionäre Energie gelähmt sei; aber immer wieder erhob sich in der Arbeiterklasse der Wille nach Freiheit. Der Redner erinnerte an die stommenden Worte Freiligraths, stets wiederholt und bereit sein, daß die Erde frei werde! Nun sind die Massen endlich frei geworden und haben die Ketten der Sklaverei abgestreift. Noch wie ist eine Revolution mit so geringen Opfern erklämpft worden. Jeterlich ver spreche ich an dieser Stelle, daß wir nie die Toten und ihre Angehörigen vergessen werden. Wir geloben diesen Toten all unsere Kraft für die siegreiche Fortführung des siegreich begonnenen Werkes einzusetzen. Neben der politischen Freiheit muß die soziale Freiheit erstritten werden. Mit Zug und Recht können das diese Toten von uns fordern. Sie haben das erreicht, wonach Millionen gestrebt haben.“

Nach ihm ergriff im Auftrage der preussischen Regierung der Minister des Innern Kirck das Wort und sagte: „Dieser Schmerz erfüllt uns, daß diese Freiheitskämpfer nicht mehr den Aufstieg des Volkes erleben können. Als Proletarier sind sie gestorben. Durch Taten aber werden wir ihnen beweisen, daß sie des Opfers wert sind. Das Volk hat seine Ketten abgeschüttelt. Preußen, ehe dem das feste Bollwerk der Reaktion, wird fortan die sicherste Stütze der Freiheit sein. Als Vertreter der Männer, die als Beauftragte des Volkes die vielen Ideale zu verwirklichen und die Freiheit so fest zu verankern haben, daß sie keine Macht der Welt mehr nehmen kann, nehme ich Abschied von den Opfern.“

Die letzten Grüße der Berliner Arbeiterschaft und der Stadt Berlin überbrachte der Stadtvorordnete Reichsammt Dr. Kurt Rosenfeld. 1918 machte die Beerdigung vor den Hohenzollern Park. Heute wird kein Preußenkönig sich vor den Leiden der Revolution verneigen. Heute weht auf dem Schloße die rote Fahne. Wir werden der Opfer stets gedenken und solange kämpfen, bis die sozialistische Gemeinschaft erreicht sein wird.

Ein leichter Regen geht hernieder, als sich

der Zug in Bewegung

setzt. Eine Ehrenkompanie des Negander-Regiments mit der Kapelle, demselben Regiment, das einst aufgefordert wurde, auf Mütter und Brüder zu schießen, eröffnete ihn. Die Krangabteilungen blieben sich an, ein unabsehbarer Zug der Vertreter aller Fabriken mit mächtigen Gewinden, mit Fahnen, Standarten und Tafeln. Rot, rot überall. Rot die Fahnen, rot

die Wägen, rot die Bänder an den Rücken, ein roter Schimmer liegt über dem ganzen Zug! Vertreter der Arbeiter, Soldaten- und Patrouillen folgen, hierauf die Volksbeauftragten der Reichsregierung, der Preussischen Regierung, Vertreter der Stadt, Abgeordnete von russischen Kriegsgefangenenlagern, führende Persönlichkeiten der Partei, der Gewerkschaften und der seit der Revolution entstandenen Organisationen. Die Särge der Toten liegen auf einfachen gewöhnlichen Arbeiterwagen. Die schwarz drapiert sind und von mächtiger Arbeitssperden gezogen werden. Die Toten haben als Proletariat geduldet, als Proletariat gefiegt, als Proletariat werden sie begraben. Nichts ist an der Feier prunkvoll, nichts ist groß als ihre Massenhaftigkeit. In diese Feier passen Rollwagen als Leichenwagen hinein, die langsam und schwer dabeischieben unter der Last der Kränze. Die Hinterbliebenen schließen sich an. Wieder eine Militärkapelle und nun der endlose Zug der Teilnehmer mit Kränzen, Fahnen und Ständorten, Vertreter aller Parteiorganisationen, aller Fabriken und Werkstätten, Vertreter des ganzen deutschen Proletariats, ein endloser Zug, der mindestens sechs bis acht Kilometer lang ist. So zieht er durch die ganze Stadt von Südwesten nach Nordosten. Der Marsch durch die Straßen erfolgt gleichmäßig, aber an einem Punkte empfinden seine Teilnehmer etwas Großes: in dem Augenblick, in dem der Zug mit den Toten und roten Fahnen durch das Brandenburger Tor zum Schloß hinzieht, über

die alte Siegeseingangstraße

der gestützten Hohenzollern. Wie einen Leichnam marschiert die dordere Kapelle „Ich hatt' einen Kameraden“. Der Schritt des Zuges wird feierlicher, die breiten Reihen des Hofes halten den Pariser Platz fest, von den Kassen und Fenstern sieht die Bourgeoisie herab, von denselben Fenstern, die einst nach der Phantastik der Besitzer zu amerikanischen Preisen beim „Einzug“ bemaltet werden sollten, die einem anderen Einzug obediend! So hält das Volk von Berlin seinen Einzug durch das Brandenburger Tor, als Sieger im Kampf gegen den eigenen Militarismus, in seiner Mitte die acht Toten der Revolution, die gemeinsam befeuert wurden, die letzten acht, von denen man sofort gemutet hat, insofar sie, nach dieser sinnlosen Regel von beinahe 10 Millionen Menschen, gestorben sind.

Vor der Wade am Zeughaus hatten mit. Die Ehrenkompanie grüßt mit drei Schüssen die toten Kameraden, eine kurze Anrede und weiter geht es vorbei am Schloß, vorbei am Posthof, der Straße, wo die meisten gefallen sind. In allen Fenstern Soldaten und Patrouillen, die sofort einen Zug improvisieren und Salbe auf Salbe, Schuß auf Schuß den Toten zu Ehren in die Luft feuern. Die Zahl der roten Fahnen an den Häusern wird immer größer. Die Toten lehren in ihre eigene Stadtgegend zurück, wo sie gewohnt und gearbeitet haben.

Am Landesberger Tor

Wird sich der Zug auf. Durch das Spalter unabhügelte Kränze kommen einige hundert Menschen zur geöffneten Grabstätte. Hier findet die Feier ihr Ende und ihren Höhepunkt. Man sieht in der Höhe und im kalten Wetter unter den entlaubten Bäumen, in deren schwarze Kasse die roten Fahnen, die um das Meer aufgestellt sind, wehen.

Am Friedrichshain

Der kleine weisse, verwitterte Friedhof im Friedrichshain, sonst vergraben und allenfalls im Frühjahr einmal bei Pilgerzügen weniger Hunderte, war heute Zeuge weltgeschichtlichen Geschehens. Schon einmal, vor 70 Jahren, war ein Zug mit den Opfern einer Revolution zu ihm hinaufgezogen, damals einer Revolution, die die Erringung bürgerlicher Freiheiten bezweckte. Zum Dank dafür vergoß die Bourgeoisie jene Toten. Sie, die die Mittel besaß, so manchen dunklen Ehrenmann ein Denkmal zu setzen, hatte nichts zur Verfügung, um den Gräbern der Vätergefallenen auch nur den einfachsten Schmuck anzubringen zu lassen, und nur die Arbeiterschaft gedachte der Toten und feierte alljährlich ihr Andenken.

Eine ungeheure Menschenmasse erwartete schon Stundenlang vorher den Zug an seinem Ziele und horchte hoch der Nähe geduldig an ihrem Gehen aus. Als Vertreter der Stadt waren auf dem Friedhofe am Ende der Oberbürgermeister, der Bürgermeister als Vertreter der Städtischen Schulverwaltung. Erst nach 2 Uhr erschienen endlich die ersten Franzdeputationen und nun folgte Abordnung auf Abordnung mit Kränzen. Endlich erschienen denn auch die Särge, begleitet von Blodengräbern und den ergriffenen Mägen des Todes: „Wer für die Freiheit ist gefallen“. Sorg auf Sorg wird in die kühle Erde gebettet. Weihevoll die Erde herrscht, nur unterbrochen vom Schlagen der Angewandten. Da plötzlich dringt eine rote Frauenstimme durch die feuchtraue Novemberluft: „Unsere Genossin“ Sie spricht bei Niederlegung des Beerdigungswagens warme Worte des Dankes an die Toten und findet auch treffende und aufrichtige Worte für die Hinterbliebenen. Genosse Watzl nimmt nach ihr das Wort, um den toten Kämpfern über ihr offenes Grab ein letztes Lebenswort nachzurufen. Seine Rede ist eine Komposition an alle Revolutionen und endet in dem Gebot, das begonnene große Werk im Sinne der Toten fortzusetzen und nicht zu lassen und zu ruhen, um die Errungenschaften der Revolution zu schützen und zu verteidigen bis zum letzten Atemzuge.

Nach ihm hebt Zischnecht am offenen Massengrab. Kampf sind seine Worte und Mahnung zugleich, nicht stehen zu bleiben bei dem bis jetzt Errungenen, sondern weiter zu gehen auf dem einmal beschrittenen Wege, Vertrauen zu haben zur erworbenen Macht und sie auszunutzen, um auf den Trümmern der alten aufzubauen das gewaltige Gebäude der neuen Weltanschauung. „Wacht nicht, daß die Revolution beendet sei! Die Weltrevolution wird und muß kommen! Der Sozialismus ist für den Herr nicht, nicht eine bürgerliche Republik!“ Ljub er seine Rede.

Eine Patrouille gab einen Ehrensalut, der Chor schloß mit einem Gesangstück und die Feier war beendet. Langsam lösten sich die Massen auf, aber noch bis spät am Abend zeigten die roten Fahnen auf Holzpfeilen an den öffentlichen Gebäuden, die mit ihren Ständern heimkehrenden Kompanien und die die mit roten Bändern geschmückten Menschen, die ganze Stadt schließlich durch ihren Werk und ihre stille Entschlossenheit, welchen großen Eindruck die Feier auf die ganze Bevölkerung gemacht hatte.

Der Völkerbund.

Rotterdam, 20. November. Nach dem „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet der „Daily Telegraph“ aus New York, Präsident Wilson wünscht, daß der Völkerbund nicht erst nach dem Friedensschluß als eine Art akademischer Kombination von den Völkern gebildet wird, sondern als eine lebendige Vereinigung von Völkern, die sich durch wechselseitige Übereinkunft zur Verhütung von Kriegen verpflichten. In einigen amerikanischen Kreisen wird verlangt, daß zu diesen Verbindungen auch Neutralität zuge-

rufen werden. Wilson ist davon überzeugt, daß die den Völkerbund betreffenden Einzelheiten von den Delegationen auf der Friedenskonferenz ausgearbeitet werden können, sobald die allgemeinen Grundzüge angenommen sind. Wilson wird bei seiner Rückkehr nach den Vereinigten Staaten den Amerikanern die Grundzüge einer Weltorganisation, in der die Vereinigten Staaten eine wichtige Rolle spielen werden, vorlegen.

Internationale Verbrüderung im Frankfurter Arbeiter- und Soldatenrat.

Am Frankfurter Rathaus tagte am Dienstag unter dem Vorsitz des Genossen Harris eine Vertreterversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte im Bezirk des 18. Armeekorps, der als Gäste je ein französischer und ein englischer Soldat beiwohnten. Der französische Genosse Dr. Dival (Paris) hielt eine begeisterte Rede für die internationale Verbrüderung und für den internationalen Sozialismus. Er erklärte, er betrachte es als seine Pflicht, hierher zu kommen und die unterbrochene Kette der Internationale wieder auf neue zusammen zu schweißen. Im gleichen Sinne äußerte sich der Engländer Turnbull: er verspricht auch, in London dafür einzutreten, daß Deutschland mit Freit vorläufig werde. Hiermit ergriff Genosse Dittmann das Wort, der den Versammelten die vorgelagte Resolution in längeren Ausführungen begründete. Für den Soldatenrat sprach Genosse Weidner und betonte, daß diese neue Gewalt keine Vergewaltigung, keine Diktatur wüßte, sondern nur die Mitherrschaft des gesamten Volkes an dem neuen Aufbau des Reiches herbeiführen. Es sprach ferner noch Genosse Wendel über die Aufgaben des Nachrichtenamtes, Dr. Hochstädter über Justizmaßnahmen, Genosse Harris über die Behandlung der Kriegsgefangenen.

In der lebhaften Diskussion kamen die verschiedenen Meinungen über die Diktatur des Proletariats und die Einberufung der Nationalversammlung zur Geltung. Die Mehrzahl der Redner lehnte die Diktatur ab und verlangte baldmöglichste Einberufung der Nationalversammlung. Die folgende Entschließung wurde angenommen:

Die Arbeiter- und Soldatenräte stellen die höchste politische Macht dar; sie handeln im Namen und im Interesse des schaffenden Volkes, also der großen Mehrheit der Bevölkerung. Ihr Ziel ist gleich dem der revolutionären Volksmassen, Demokratie und Sozialismus. Wo die Beamten, die Behörden und andere Vertreter der alten öffentlichen Gewalt ausdrücklich oder verdeckt die Aussicht der Arbeiter- und Soldatenräte ablehnen, sind die Vertreter, wenn nötig, mit Waffengewalt, sofort zu befeitigen, und der betreffende Dienst oder die Verwaltungsstelle ist durch den zuständigen Rat neu zu besetzen. Damit die deutsche Volkswirtschaft rasch aufgebaut und zur Befriedigung gebracht werden kann, treten die Räte für die Vergefelligung bestimmter geeigneter Großbetriebe, z. B. des Hütten-, Erz- und Eisbergbau und von Ölfeldwerken, der Schiffbau und des Großgrundbesitzes ein. Eine verfassunggebende Nationalversammlung, gewählt auf Grund des gleichen, geheimen, direkten und allgemeinen Wahlrechts für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen, soll den neuen politischen Zustand Deutschlands besetzen. Die Zusammenkunft der Nationalversammlung soll erfolgen nach dem Verhältnis der für jede Partei abgegebenen Stimmen. Die Arbeiter- und Soldatenräte rufen das deutsche Volk auf, daß es die junge Freiheit schirme gegen jeden Versuch einer Gegenrevolution. Die Wahl muß so vorbereitet und betrieben werden, daß die Nationalversammlung ein Bollwerk der Demokratie und des Sozialismus sein wird.

Ueberflüssige Reibungen.

Wie das Wolff-Bureau mitteilt, sind die deutschen Generalkonsulate in Petersburg und Moskau abgegangen und die dort tätig gewesenen Beamten, insbesondere die Generalkonsuln und das engere Personal, interniert worden. Auf wessen Veranlassung und in welcher Weise diese Vorgänge sich abspielten, ist noch nicht bekannt. Nach dem Generalkonsulats Petersburg hat der durchgehende Kurier der schwedischen Regierung vor einigen Tagen befehlet, russische Nationalgardisten und deutsche Kriegsgefangene hatten das Generalkonsulat besetzt und das gesamte Personal verhaftet und abgeführt. Am 12. November traf der russische Kommissar Konowaloff von dem in Generalkonsulat aufgestellten Fernschreiber aus bei Ober-Ost in Krasno an. Auf die Frage, wo sich das Personal des Generalkonsulats befinde, erklärte er, es sei in den Händen des „revolutionären Komitees“. Seitdem besteht mit Petersburg keine unmittelbare Verbindung mehr.

Von Moskau ist am 12. d. M. ein am 11. ausgehendes Telegramm hierher gelangt, das lautet: „Wir sind gestern von Kamburbanden überfallen“. Inzwischen gingen sowohl von der russischen Regierung als auch von einem „Moskauer deutschen Arbeiter- und Soldatenrat“ mehrere Telegramme ein, die besagen, es hätten sich in Moskau und Petersburg deutsche Arbeiter- und Soldatenräte aus Kriegsgefangenen gebildet, die beide Generalkonsulate abgelehnt, das Personal unter voller Sicherheit der Personen interniert und die konsularischen Geschäfte in die Hand genommen hätten.

Schließlich ist am 17. d. M. aus Helsinki eine Meldung des österreichischen Generalkonsuls in Moskau eingetroffen, der eben dort aus Moskau angekommen ist. Er teilte mit, die beiden deutschen Generalkonsulate seien auf Androhung der Sowjetregierung von österreichischen Kriegsgelungen überfallen und die Beamten verhaftet worden; die Gefangenen hätten sich der Veranlassung und der Zweck bemächtigt und lehiert in unverantwortlicher Weise verhandelt.

Die russische Regierung, von der deutschen Volksregierung darauf hingewiesen, daß sich alle deutschen Behörden der neuen Regierung zur Verfügung gestellt hätten und daß daher auch die Generalkonsulate in Petersburg und Moskau weiter als ordnungsmäßige deutsche Vertretungen zu gelten hätten, bei dem Vorwurf, sie wüßten sich, mit den Vertretern des böhmischen Regimes als mit solchen des freien Deutschlands zu verhalten.

Die Angelegenheit bedarf dringend der Klärung. Die Regierung hat daher von der russischen Regierung verlangt, daß zunächst die beiden Generalkonsulate, die schon seit einiger Zeit

Ausland verlassen sollten, jedoch von der Sowjetregierung zurückgehalten waren, alsbald ihre Ausreise antreten und hierher kommen. Ferner hat sie die Arbeiter- und Soldatenräte in Petersburg und Moskau ersucht, je ein Mitglied zur Feststellung des Sachverhalts herbei zu senden. Jedenfalls steht schon jetzt außer Zweifel, daß die russische Regierung mit ihrer Forderung, die Konsulate nach ihrer Anerkennung durch die neue Volksregierung als völkerrechtliche Vertretungen zu behandeln, im Unrecht ist und daß die Befreiung und Internierung der Konsulate auf keinen Fall geboten dürfte.

Weitere Anlagen.

Helsingfors, 18. November. Der aus Moskau in Verkleidung entkommene Konstantin Kellner berichtet, daß am 10. November noch bekannt wurden der Berliner Revolution internationalistische und russische Internationalisten und Vertreter der russischen außerordentlichen Kommission zur Bekämpfung der „Gegenrevolution“ im Einverständnis mit Kibel beauftragt in das deutsche Generalkonsulat und die Hauptkommission für Kriegsgefangene einzuweisen und das Personal verhafteten. Soeben wurde zugewiesen ein deutsches Komitee aus fünf Mitgliedern gebildet. Als Vertreter des Komitees seien, was den Führern der Einberufung Thomas, Boehm und Frau Weizsäcker nicht wollte, wurde ein neues Komitee gebildet, das die Leitung des Konsulats und der Hauptkommission übernahm. Deutsche Soldaten hatten nicht die Jurisdiktion.

In Moskau eingehende Nachrichten über die Lage in Deutschland werden systematisch gefaltet, ebenso sind die von Moskau eingehenden Nachrichten über die Lage in England gewöhnlich falsch. Ähnliche Telegramme aus Deutschland werden vielfach unterschlagen.

Mosk., 18. November. Nach Mitteilung von Johann Sandberg, dem Bevollmächtigten des Deutschen Generalkonsulats in Moskau, der hier als Kurier eingetroffen ist, befinden sich in Moskau mehr als 250 Deutsche, meist Deutschbaltische, darunter mindestens 45 Offiziere, ferner Konsulatsbeamte und Mitglieder des hiesigen Komitees in Haft und in großer Gefahr des Hungertodes. Schleunigste Maßnahmen sind erforderlich.

Die deutsche Armee in Rumänien.

Nach einem Reuters Telegramm vom 18. November hat Balfour in Erwiderung auf eine Anfrage im Unterhaus erklärt, daß die deutsche Streitmacht in Rumänien das Land zur Waffe für feierliche Handlungen gegen die alliierten Streitkräfte gewacht hätten und daß infolgedessen die britische Regierung unter Hinweis auf diese neue Verletzung des Völkerrechts ihre Verantwortung für irgendwelche Kriegshandlungen ablehne, zu denen sie durch die Gegenwart feindlicher Streitkräfte auf rumänischem Gebiet gezwungen sein sollte. Die deutsche Regierung ist infolge der unterbrochenen Verbindung mit Rumänien bzw. mit der Armee Wadenen über die letzten Vorgänge in Rumänien vorläufig nicht im einzelnen informiert. Jedoch ist gegenüber den Ausführungen Balfours schon heute folgendes festzustellen:

Entsprechend der politischen und militärischen Lage hat die Armee Wadenen bereits in den ersten Tagen des November Befehl erhalten, Rumänien zu räumen. Schon vor diesem Zeitpunkt hatte die deutsche Regierung der rumänischen Regierung gegenüber auf deren Wünsche bezüglich einer Revision des Bukarester Friedens ihre grundsätzliche Zustimmung ausgesprochen. Es bestand also weder für die alliierten Streitkräfte noch für Rumänien selbst der geringste Grund, den schon begonnenen Rückzug der Armee Wadenen durch feindliche Handlungen zu beschleunigen. Am 9. November hat der nach Temiswar Marschkommandant gebildete rumänische Regierung des Generals Coanda auf Grund unmittelbarer Einwirkung der Entente ein Ultimatum an die Armee Wadenen gerichtet, das Band in vierundzwanzig Stunden zu verlassen. Sowohl wegen der ungewöhnlichen und verletzenden Form dieses Ultimats als auch wegen der technischen Unmöglichkeit, mit einer Armee von annähernd 150 000 Mann innerhalb vierundzwanzig Stunden ein Land wie Rumänien zu räumen, hat anscheinend Feldmarschall Wadenen eine formelle Antwort auf das Ultimatum nicht erteilt, sondern sich mit der mündlich übermittelten Antwort begnügt, daß der Rückzug bereits im Gange sei und planmäßig fortgeführt werden würde. Am 11. November früh sind Ententetruppen unter dem Oberbefehl des Generals Berthelot von Bulgarien her an mehreren Stellen über die Donau gegangen und drüben rumänisches Gebiet besetzt. In ähnlichen Handlungen ist es in unbedeutendem Maße nur durch den Angriff dieser Ententetruppen gegen die sich zurückziehenden deutschen Truppenteile geschehen, die selbstverständlich das größte Interesse daran hatten, nicht in neue Kämpfe verwickelt zu werden und ihren Rückzug zu beschleunigen. Zwischen rumänischen und deutschen Truppenteilen haben, soweit bekannt, Gefechte überhaupt nicht stattgefunden. Es steht zu erwarten, daß der Rest der Armee Wadenen in wenigen Tagen das rumänische Gebiet völlig geräumt haben wird.

In einem offenen Rundschreiben an das rumänische Volk hat General Berthelot schon am 10. November die rumänische Bevölkerung, also auch Nationalitäten, in den gebührenden Ausdrücken aufgefordert, die deutschen Brüder in Gemeinschaft mit den auf breiter Front die Donau überschreitenden Ententetruppen aus dem Lande zu jagen.

Womit kann schon heute gegenüber den Ausführungen Balfours entscheidende Verneinung eingelegt und eine weitere Klärung in Kürze erwartet werden.

Zur italienischen Frage.

Reibungen zwischen Italienern und Südslaven.

Auf Grund des Beschlusses einer Konferenz der Vertreter der Ententemächte verließen die serbischen Truppen Piutze. Daraufhin rückten italienische Truppen in Piutze ein, besetzten die süditalienischen Eisenbahnlinien und benahmen sich wie Herren der Stadt. Der Agrarminister trat sofort zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen und beschloß, bei ähnlichen Ententeregierungen energisch gegen das Vorgehen der Italiener zu protestieren. Der italienische Kommandant in Piutze behauptet als Vorwand für sein Vorgehen die Behauptung, es wären Ausstellungen gegen die italienische Bevölkerung in Piutze zu befechten gewesen. Auf eine Intervention der südbosnischen Regierung in Agrar erklärte der französische Oberbefehlshaber in Salonik, daß die Entente dem italienischen Kommandanten in Piutze den Befehl erteilt, Piutze sofort zu räumen. Überhauptig wurde eine französische Division von Salonik nach Piutze dirigiert. Französisch-italienische Truppen

werden gemeinschaftlich auch wichtige Punkte in Dolmetscherei besprochen.

Die Italiener wollten auch Gattato samt den südamerikanischen Kriegsschiffen und Postungen besetzen, doch bereiteten amerikanische, englische und französische Befehlshaber diese Absicht und leiteten Verhandlungen ein, die mit einem Kompromiß endeten. Das südamerikanische Kriegsschiffkonnvoe steht von nun an unter dem besonderen Schutz Amerikas. Neben der südamerikanischen Frage wird die Frage des Vereinigten Staaten besprochen.

Aus Genéve wird gemeldet, daß die Schupfchina am 10. November zusammentritt, um über die Vereinigung Montenegro mit Serbien und anderen südamerikanischen Schichten zu beraten.

Görung in Italien.

Wie aus Rom nach der Stancia zurückkehrende Reisende berichten, lassen sich auch unter den italienischen Truppen bereits Arbeiter- und Soldatenräte gebildet haben. Die Soldaten beklagen sich, daß trotz der Waffenstillstandes die Bekleidung noch nicht angekommen ist, was bei Mirolo ist die Eisenbahnbrücke von Streifen abgebrochen worden; der Postdienst wird durch Automobile aufrechterhalten. Man erwartet in Mailand die Rückkehr der Novelli.

Friedensvorbereitungen der Entente.

Rotterdam, 19. November. „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London: Der Parlamentarier Lord Curzon ist in der Lage, die Regelung für den Frieden in Ansehung der Namen der meisten Delegierten der Entente zu machen. Die Vorbereitung ist eine dreifache: In London wird das Kriegskabinet zusammenkommen, um über die Politik des britischen Reiches zu beraten. Alle Premierminister des Dominion sollen an den Verhandlungen teilnehmen und das Kabinet soll sofort nach Paris einreisen zusammenkommen. Ferner soll gegen Mitte Dezember eine wichtige Konferenz der Alliierten in Lausanne stattfinden. Es handelt sich darum, die Vereinbarung unter den Verbündeten herbeizuführen. Der Plan der britischen Delegation wird aus 200 Offizieren und Beamten bestehen. Der Friedensvertrag soll, wenn möglich, im Januar in Versailles abgeschlossen werden und sein Hauptinhalt in Paris haben. Frankreich wird durch Clemenceau, England, London und Belgien vertreten sein, das britische Reich durch Lord George, Balfour, wahrscheinlich Lord Balfour, einen Arbeiterdelegierten und einen oder mehrere Vertreter des Dominion. Die der Korrespondent der „Daily News“ erzählt, daß die Regierung, wenn sie nach dem Wahlen am 1. Dezember, einen Sitz im Koalitionskabinet mit Aussicht auf einen Sitz im Friedensvertrag als Vertreter der Arbeiter bezeichnen kann. Die Vereinigten Staaten werden durch Wilson, Japan durch Okuma und Sonnino, China durch Sun Yat-sen, Brasilien durch Taubert, Griechenland durch Venizelos, Schweden durch Branting, die Tschechoslowaken durch Masaryk und die Jugoslawen durch Dusan.

Gendreau für die deutschen Sozialisten.

Stuttgart, 19. November. Laut „Sozialdemokraten“ hat Gendreau an Branting telegraphiert, daß er den Appell der deutschen Sozialisten an die Wehr weitergegeben habe. Er schloß sich mehreren Gelegenheiten für ihre Bitte um Verhaftung an, die bei den alliierten Regierungen auch Beachtung finde.

Dreipärlige Ansicht.

Im „Reichs Tagblatt“ wird folgende Auslegung „Führender Parteimitglied“ und „Führer“ veröffentlicht: „Unsere Gegner werfen uns Verleumdungen des Völkerverrats, nämlich nicht geschäftliche Grausamkeiten der Kriegführung, Vergehen gegen die Zivilbevölkerung der besetzten Gebiete, Vergehen bei der Durchführung der Deportationen belgischer Staatsangehöriger, Mißhandlung Gefangener vor. Wenn auch diese Vorwürfe zum großen Teil auf Verleumdungen und Uebertreibungen beruhen, so gehen doch auch von unseren Volksgenossen an der Front und in den Besatzungsgebieten Vorwürfe aus, die zum Teil schwer sind, daß wir sie nicht abschneiden dürfen. Wir fordern daher, daß alle Klagen sofort durch eine unparteiische Kommission unter Leitung anerkannter nationaler Persönlichkeiten untersucht werden.“

Man dürfte sich dieser Untersuchung nicht mit der Feststellung begnügen, daß auf der einen Seite Beschwerden an unseren Besatzungsbehörden vorliegen, und nicht mit dem Hinweis darauf, daß Klagen einzelner das Volk nicht beunruhigen. Die Untersuchung soll durch keine Maßnahme auf Personen über sich hinausgehen, sondern allgemein sein und sich auf die Schuld der Tat nicht halt machen, denn ihr Zweck soll nicht so sehr die Verurteilung der Schuldigen sein. Wir wollen durch ein solches Verfahren das Vertrauen der Wehr stärken.

Berlin, den 17. November 1918.
Professor Hans Delbrück, Dr. Maximilian Pfeiffer, Dr. H. Kaumann, Heinrich Wegmann zu Schönaich-Carolath, H. Fischer u. Michelson, Dr. Wiemer, Friedrich v. Kroschwitz, Dr. Arndt, Dr. Vogler, Joh. Sellenbach.

Es ist erfreulich, daß die Unterszeichner der Kundgebung durch „Einschlägiges Verlangen“ der Wehrmacht unser Verlangen reinigen wollen. Jetzt, wo die Revolution die alte Ordnung zertrümmert hat, wollen sie eine Untersuchung, die vor keinerlei Rücksichten auf Personen oder auf Staatsnotwendigkeiten Halt machen soll. Diese Forderung kommt reichlich spät — sie hätte von uns der gesamten lebenden Menschheit mehr genügt, wenn sie unter der Herrschaft des deutschen Militarismus erhoben und durchgeführt worden wäre. Die Unterszeichner der Kundgebung haben die Macht dazu besessen — repräsentieren sie doch die Parteien des bisher herrschenden Reichstages, einschließlich der Reichswehrsozialisten. Sie haben aber von dieser Macht nicht nur keinen Gebrauch gemacht, sie haben vielmehr alles aufgegeben, um jede revolutionäre Bewegung, jeden Aufbruch nach Wahrheit, der von unten erhebt, zu unterdrücken und zu vereiteln.

Die deutschen Kadetten.

Die Fortschrittliche Volkspartei und ein erheblicher Teil der Nationalliberalen haben sich den Unterszeichnern des demokratischen Aufrufes vom 16. November 1918 auf die Grundzüge dieses Aufrufes vereinigt. Die große demokratische Partei ist damit ins Leben getreten. Sie führt den Namen deutsche demokratische Partei. Die Partei hat sich bekanntlich ein ziemlich fortge-

schrittenes Programm gegeben und zu ihren Gründern gehören zum Teil ehrliche bürgerliche Demokraten. Trotzdem dürfte die künftige Entwicklung dahingehen, die Parteien zu einer großen bürgerlichen Sammelpartei umzuwandeln, in der alle antimonarchischen Elemente ihre Vereinigung finden werden. Jedoch ist zu erwarten, daß die Parteigenossen guttun, auch ihrerseits die Agitations- und Organisationsarbeit mit voller Kraft aufzunehmen.

Keine Milderung der Waffenstillstandsbedingungen.

Berlin, 20. November. Mit großer Zeit in der Presse auftauchenden Nachrichten über erreichte oder umgekehrte Milderungen der Waffenstillstandsbedingungen sind zu widerlegen. Die Forderungen sind feststehend: Trotz aller Zusicherungen und aller bereits in Frage gestellten Angelegenheiten in der praktischen Durchführung der uns auferlegten schweren Bedingungen des Waffenstillstandes ist von unserer Seite nicht das geringste Gegenkommen beabsichtigt worden.

Deutsche Waffenstillstandskommission.
Staatssekretär Erzberger.

Keine Beschränkungen für die landwirtschaftliche Produktion.

Berlin, 20. November. Im landwirtschaftlichen Gebiet ist in weiten Kreisen die Befürchtung verbreitet, daß die feindlichen Vorkriegsbedingungen die im wehrpflichtigen Alter stehende männliche Bevölkerung gegenüber als Kriegsgewinn oder zu Arbeitszwecken nach Belgien und nach Nordfrankreich abführen lassen werden.

Diese Befürchtung enthält jeder tatsächlichen Unterlage.

Denn der Abschnitt 6 des Waffenstillstandsabkommens bestimmt: In allen geräumten Gebieten ist die Fortführung von Einwohnern unterliegt dem Eigentum der Einwohner dort sein Schaden oder Nachteil anzufügen werden.

Deutsche Waffenstillstandskommission.
Staatssekretär Erzberger.

Milderung der Militärstrafe.

Berlin, 20. November. Hinsichtlich der deutschen Militärstrafe links des Rheins, namentlich soweit Obermittel in Frage kommen, ist folgendes bestimmt worden:

Die Lebensmittel haben in erster Linie den durchmarchierenden Truppen zur Verfügung. Jeder Soldat erhält an Lebensmitteln, soweit er tragen kann, d. h. also Verpflegung für mehrere Tage. Im übrigen soll der Transport von Lebensmittelstrafen unter Berücksichtigung aller Kräfte bis zum Abtransporttermin soweit irgend möglich durchgeführt werden.

Deutsche Waffenstillstandskommission.
Staatssekretär Erzberger.

Drohende Auflösung des Heeres.

Wie die deutsche Waffenstillstandskommission in Spa meldet, vermehren sich infolge des aufgestauten überfüllten Heeres die Schwierigkeiten des deutschen Heeres, trotz bisher glücklichen Weites. Die Franzosen scheinen sich auf keine Verlängerung der Räumungsfrist einzulassen zu wollen. Die Katastrophe, d. h. Auflösung des Heeres, droht, wenn die Widerstand gegen den nachdrückenden Feind binnen jeden Tag eintritt, namentlich, wenn schlechtes Wetter kommt.

Eine neue Kriegsteuerungsanlage in Sicht.

Die im September d. J. den Reichs- und Staatsbeamten sowie den in Staatsbetrieben beschäftigten Lohn-Angestellten gewährten einmaligen Kriegsteuerungsanlagen haben zwar den Bedachten eine vorübergehende Entlastung in ihrer schweren wirtschaftlichen Not gebracht und sind als solche auch dankbar anerkannt worden, eine wirkliche durchgehende Besserung vermochten sie aber angesichts der immer weiter sich ausbreitenden und wachsenden Preissteigerung für sämtliche Lebensbedürfnisse nicht zu gewähren. Insbesondere haben sie, wie zahlreiche Stimmen aus Beamten- und Arbeiterkreisen erkennen lassen, in den seltensten Fällen dazu hingewirkt, endlich an die immer und immer wieder finanziell erschöpfte, jetzt aber unangenehm notwendige Ergänzung an Arbeitskräften, Mäße und Schutz für die Beamten, Arbeiter und ihre Familienangehörigen heranzutreten. Gerade das war aber ein Hauptzweck, der mit den einmaligen Kriegsteuerungsanlagen des September von der damaligen Regierung beabsichtigt war. Wie wir von zuverlässiger Stelle erfahren, steht bei der neuen Regierung, d. h. im Reichskabinett und im preussischen Finanzministerium die Pflicht, vorbehaltlich späterer grundsätzlicher Besetzungsreformen hier sofort noch einmal mit bester Hand eingegriffen. Vor wenigen Tagen wurde bereits der Minister der öffentlichen Arbeiten im Einvernehmen mit den genannten Beamten den Vertretern der großen Gewerkschaften eine Wiederholung der einmaligen Kriegsteuerungsanlage als unmittelbar bevorstehend angekündigt. Die Vorbereitung der neuen, etwa in derselben Höhe wie die Septemberanlage zu gewährenden einmaligen Kriegsteuerungsanlage soll so beschleunigt werden, daß sie bereits in der ersten Hälfte des Dezember, spätestens aber bis Weihnachten erfolgen wird.

Eine Ausdehnung des Genossen Wals.

Im Hinblick an die in unserer letzten Monatsnummer mitgeteilte Ernennung des Oberkonsulats Wals zum Bevollmächtigten für das Kriegsministerium geben wir nachstehend den amtlich veröffentlichten Text der Ausdehnung des Genossen Wals wieder. Es heißt darin:

Durch Eintrag vom Volksgut der Arbeiter- und Soldatenrat Berlin, der vordringlich die Wahrung der Rechte aller Arbeiter- und Soldatenrat der Republik bei der von ihm in ihre Angelegenheiten eingehenden Regierung vorzuziehen, bin ich beauftragt worden, die vorantworlichen Gegenstände des Herrn Kriegsministers zu übernehmen. Der alte Dienstweg muß im Interesse der Kameraden, die unter jeder Bedingung leben müssen, unter allen Umständen beibehalten werden. Andererseits muß alles geschehen, um in das

alte Maschinennetz den neuen Geist des Sozialismus zu pflanzen. Elemente, die sich dagegen sträuben oder gar passive Resistenz leisten, müssen bestraft werden. Denn nicht es nicht nötig sein, sondern zu reden und zu voten, sondern wir können zu Taten werden.“

Die Explosionsstarkopie bei Sammont.

Ein tragisches Geschick hat Hunderte von Leinwandtragenden Kriegern, vor allem Verwundeten, unmittelbar vor den Toren der Heimat dahingeführt. Grausig lautet die Einzelheiten, die von der Unglücksstätte berichtet werden.

Von den vier Lazarettwagen, die von der Explosion bei Sammont betroffen worden sind, sind zwei durch Holand nach München-Gladbach gebracht worden. Die Lüge besahen sich in einem unbeschränkten Aufnahmehaus. Keine einzige Scherbe ist mehr ganz im Innern verbleibt. Die gezeigten Soldaten erzählen, daß ein dritter Lazarettwagen völlig verbrannt ist.

Die Stelle, wo der Unfall sich ereignete, bei dem sich das Unglück ereignete, ist durch ein Chaos von in Stücke gerissenen, verbrannten, teilweise noch rauchenden Eisenbahnwagen besetzt. Nebenbei liegen noch Tausende nicht explosiver Patronen umher.

Reisende höllische Herde haben sich zur italienischen Hilfeleistung an den Ort der Katastrophe begeben.

Die Schutten über die Anzahl der Verletzten schwanken zwischen 200 und 1000; meist sind es deutsche Soldaten.

Die Ursache der Katastrophe ist noch nicht aufgeklärt. Man weißt davon, daß brennende Patronen, die mit deutschen Feuerwerk - Revolvern oberhalb Kufing trieben, durch Unvorsichtigkeit den Munitionswagen zur Explosion brachten.

Die englischen Verluste im Weltkrieg.

Der englische Unterstaatssekretär für den Krieg Warburton hat im Unterhause mitgeteilt, daß bis zum 4. November 1918 die britischen Seelverluste an Toten, Verwundeten, Vermissten und Gefangenen ausschließlich der Luftschiffe, aber mit Einschluß der U-Boote und Submarine, 5 049 004 Mann betragen. Warburton legte die britischen Verluste vorstellend wie folgt im Einzelnen dar: 22 700 Offiziere 281 443 Mann, Seelverluste 196 781 Offiziere 2 541 288 Mann, in Italien 38 Offiziere 941 Mann, Seelverluste 458 Offiziere 6 180 Mann; Dardanellen 107 176 Offiziere 31 707 Mann, Seelverluste 107 176 Offiziere 114 078 Mann; Salonik 107 176 Offiziere 7 780 Mann, Seelverluste 1217 Offiziere 25 104 Mann; Mesopotamien 107 176 Offiziere 20 708 Mann, Seelverluste 488 Offiziere 3 244 Mann; Kongo 107 176 Offiziere 14 704 Mann, Seelverluste 3092 Offiziere 14 801 Mann; Ostafrika 107 176 Offiziere 2024 Mann, Seelverluste 808 Offiziere 10 000 Mann; auf anderen Kriegsschauplätzen 107 176 Offiziere 699 Mann, Seelverluste 308 Offiziere 291 Mann.

Für und gegen die Souffrierte.

Politische und unpolitische Arbeiter- und Soldatenrat. Die Kämpfer der Arbeiter- und Soldatenrat über die Notwendigkeit der Erneuerung der konstituierenden Nationalversammlung, namentlich über die Befähigung mit politischen Fragen gehen weit auseinander.

Das Parlament sämtlicher Soldatenrat des Ostens lagte im März unter der Leitung von Albert Müller und unter Teilnahme des Reichskommissars für die belgischen Lande August Winnig, 300 Delegierte aus Aachen, Bielefeld, Köln und Aachen waren anwesend. Auf der Grundlage des Aachener Programms einigte man sich auf einheitliche Grundzüge, die am Schluß besagen: Politik treiben die Soldatenrat nicht. (Grundsätzlich ist der Wert und Sinn auch nicht mehr. Ann. d. Red.) Politisch sind die Soldatenrat nur insoweit, wie sie die Arbeiter der Volkregierung unterstützen. Als Galt war unter anderem der bisherige Stand der belgischen Lande, Major von Götter, anwesend. Die Tagung nahm einen harmonischen Verlauf und wurde mit einem Hoch auf das neue freie Deutschland geschlossen.

Der A. u. S. Rat zu Wittenburg, Garg, hat es im Interesse der sozialdemokratischen Sache für dringend erforderlich, daß die Reichsregierung mit möglichster Beschleunigung die konstituierende Nationalversammlung auf der Grundlage des allgemeinen, gleichen, geheimen Verhältniswahlrechts einberufe. Welche denn je kommt heute alles darauf an, daß die Reichsregierung von dem Vertrauen der gesamten deutschen Volksgenossen wird und überdies die Autorität gewahrt, die einer wahrhaft freiheitlich orientierten Regierung gebührt.

In der Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrat Bremen vom 10. November gelangte die nachfolgende Entschließung durch den Beschluß: Der Arbeiter- und Soldatenrat Bremen erkläre in der Einberufung der Nationalversammlung nicht eine Befähigung, Vertiefung und Ausbreitung der Revolution, deren Ziel die soziale Republik ist, sondern ein geschicktes Hindernis für sie. Der Arbeiter- und Soldatenrat Bremen erklärt sich deshalb gegen die Einberufung einer Nationalversammlung; er fordert dagegen die Einberufung einer Volksversammlung von Vertretern der deutschen Arbeiter- und Soldatenrat. — Von den 182 abgegebenen Stimmen waren 118 für die Resolution, 23 dagegen und 41 unglücklich.

Zur Demobilisation.

Berlin, 20. November. Amlich. Alle in der Heimat zu ihrem Wohnort oder ihrem Arbeitsort mit Urlaubspapieren amnestierten Offiziere des Bundeswehrstandes, Unteroffiziere und Mannschaften aller Jahrgänge mit Ausnahme der Jahrgänge 1896, 1897, 1898 und 1899 sind bis zum 30. November d. J. aus dem Heeresdienst beurlaubt zu erklären. Sie werden sich bei der nächsten militärischen Dienststelle einen Entlassungsbefehl holen.

Die geforderten Verordnungs- und Entlassungsbefehle dieser beurlaubten in ihren Urlaubsort Entlassungsbefehle werden später durch die Bezirkskommandos und Wehrämter erteilt.

Arbeiter, die sich vor dem 30. November bei ihrer Erlassungsmeldung melden, werden dort mit ihrem Jahrgang ordnungsgemäß mitteilen.

Arbeiter der Jahrgänge 96, 97, 98 und 99 begeben sich zur nächsten Erlassungsmeldung, wenn sie ihren Truppenteil nicht erreichen können.

Der Arbeitsminister: Schmidt. Der Unterstaatssekretär: Göhr.

Achtung — Augen rechts!

Im Auftrage vieler Delegierter der Truppen-Soldatenräte des 8. A. A. wird uns geschrieben:

Kameraden! Ist der preussische Militarismus tot oder nur schlafend?

Die Revolution hätte die bisherigen Inhaber der militärischen Gewalt auch äußerlich ihrer glänzenden Würde entkleidet. Jetzt, wenige Tage nach der Revolution, machen sich bereits Kräfte geltend, den alten, leeren Paradeputz wieder herauszulegen, um damit, was die Hauptsache ist, den alten Gehdienst wieder zu erzwingen. Die Freiheit soll auch wieder nach dem Schlepptauel zugemessen werden. Schon fordern uns die Köpfe der alten Soldaten der alten Prätorianer heraus; wann wird die alte Fahne des Imperialismus sich wieder blähen? Und gerade diejenigen erheben Hand und Stimme für die frühere Front, die in den ersten Stunden der Revolution ohne Wort und Ruhm sich davon gemacht hatten. Ihr habt aber euren Kopf gewagt für sie, die feige und in sicherer Entfernung zusehen. Gesingt es ihnen, euch zurückzuziehen, den alten Gewalten wieder ein Hinterrücken zu lassen, so habt ihr — und darüber müht ihr euch ganz klar sein — wieder einmal für die früheren Machthaber gearbeitet, ja ihnen nur größere Freiheit verschafft, als sie vorher besaßen.

Selbst verfehlt, wenn ihr ihnen einen Keinen Finger reicht, wollen sie die ganze Hand. Leider wird ihr Streben von Arzifen unterstützt, die das alte System bekämpfen wollten und sollten. Vielleicht nur aus Unkenntnis über die wahren Verhältnisse. Der Geist des Militarismus, der blinde Kadavergehörigkeit gegen Offiziere, der jeden Charakter tödende Drill, sie dürfen nicht widerlehren. Die demokratische Autorität der Soldatenräte muß geschützt werden, muß unter allen Umständen aufrecht erhalten werden. Wir wollen als Soldatenräte die Macht nicht in Schwachheit nehmen. Der Militarismus geht einmal zu Ende, und wir wollen heim. Aber vorher wollen und müssen wir die neue Freiheit sichern. Das Offizierscorps aber hat von jeher die Unkeuschheit geschützt. Deshalb heißt unsere Frage: Offizierscorps oder Soldatenrat?!

An das Sanitätspersonal.

Berlin, 20. November. (Amlich.) Von verschiedenen Seiten ist mitgeteilt, daß Angehörige des Pflege-, Warte- und sonstigen Personals in den Lazaretten ihre Tätigkeit und ihre Posten verlassen haben.

Lazarettzüge haben sich geweigert, in die Stappe auszufahren und sind nach ihrer Heimat gerollt; andere haben die Ausfahrt von der Genehmigung des zuständigen Soldatenrats abhängig gemacht.

Es liegt auf der Hand, daß durch derartiges Verhalten die Versorgung der Verwundeten und Kranken auf schwerste Bedröht, ja daß das Leben vieler Kameraden gefährdet wird. Insbesondere ist zu bedenken, daß gerade jetzt jede Verzögerung in der Hülfsleistung und Pflegeförderung Verwundeter und Kranker, die dann in Behandlung fallen, ein schweres Unrecht gegen die lebenden Kameraden ist.

Das in den Lazaretten — sowohl in der Heimat als auch beim Feldzuge — tätige Sanitätspersonal wird daher dringend aufgefordert, seinen ständigen Dienst weiter zu versehen und den Anordnungen der bisherigen Vorgesetzten im Krankenpflege- und Transportdienst unbedingt Folge zu leisten.

Die Soldatenräte müssen es als ihre Pflicht betrachten, dafür zu sorgen, daß den verwundeten und kranken Kameraden die ihnen nötige Fürsorge zuteil wird.

Bu den Leuten in unentbehrlichen Diensten, die auf die Entlassung warten müssen, bis sie erloht sind (Absatz 2 des Gesetzes), gehört das gesamte Sanitätspersonal.

Der Kriegsminister. Der Unterstaatssekretär.
Schöch Böhre.

An die Arbeiter und Soldaten!

Es bestehen leider noch izzige Meinungen über Bewertung der Marine-Gruppe, die sich 8. B. in Berlin aufhält. Durch solche Gerüchte, die aus einem bestimmten Grund, einen bestimmten Zweck verfolgend, von unverantwortlichen Elementen unter das Volk gestreut werden, ist es schon zwischen Soldaten der Armee und der Marine-Gruppe in Einzelfällen zu Reibereien gekommen. Das soll und muß in Zukunft, wenn die Früchte der Revolution hier in Berlin und damit über das ganze Deutschland nicht verlorene gehen sollen, unterbleiben.

Der Zweck unserer Anwesenheit ist die Sicherung einer ersprießlichen Arbeit der jetzigen Reichsregierung, deren Auf wir gefolgt sind. Darüber zu streiten, daß nun gerade Matrosen diesen Sicherheitsdienst mitübernehmen, halte ich im Augenblick nicht für notwendig. Best steht:

1. Unsere Kameraden des Landheeres standen bis zur jetzigen Stunde noch nicht als selbständige Truppe der Regierung zur Verfügung.
2. Das Recht der Marine, die doch als erste Truppe die revolutionäre Umwälzung herbeigeführt hat, die Vorgänge in der Hauptstadt zu beobachten und daran teilzunehmen, ist unbestreitbar.

Die aus dem Volksmarinemat für Groß-Berlin und Vororte gebildete Volksmarine-Division hat ihre Führer auf der Wahl des allgemeinen demokratischen Wahlrechts gewählt. Der Volkswahlrat hat in seinen Beratungen sich auf folgende Grundzüge festgelegt:

1. Unterstützung der Regierung, die sich grundsätzlich zur sozialen Republik bekann; hat.
2. Sicherung dieser Regierung, damit die Arbeit im Interesse eines schnellen Friedens ruhig und ungestört vonstatten gehen kann.

Au durch das allgemeine Vertrauen meiner Division getragener Führer kann ich sagen, daß diese Truppen nie eine Regierung unterstützen werden, die sich in reaktionären Tendenzen ergeht. Niemals wird die Marine es zulassen, daß sie als Waffe des Kapitalismus gegen die Proletariat gebraucht wird. Zu schwer lastet das Gefühl erlittenen Unrechts auf dieser Truppe, daß sie das jemals vergessen kann.

Auf der anderen Seite stehe ich fest: Die Volksmarine-Division will im Augenblick alles vermeiden, was zur Störung von Ruhe und Ordnung durch die bestehenden politischen Gegensätze in den sozialistischen Parteien führen könnte. Wohl ist sie davon überzeugt, daß diese Auseinandersetzungen kommen müssen. Zunächst aber muß die gemeinsame Sache des Proletariats so

weit fest gesichert sein, damit nicht gewisse Kräfte die Oberhand erhalten, die für sich das Recht in Anspruch nehmen, angeblich für Ruhe und Ordnung zu sorgen.

Wir werden dann abwarten, welche Maßnahmen die Regierung ergreifen wird, um das Proletariat zu seinem unbestreitbaren Recht zu verhelfen, zu dem Recht, für alle Zeiten als Nachhelfer zu wirken, damit ein solches Unglück, wie das eben durchlebte und noch in seiner ganzen Bitterkeit auf uns lastende, sich niemals wiederholen kann.

Arbeiter und Parteigenossen, Kameraden des Landheeres! Uneinigkeit aus Kleinlichen Dingen herausgehoben, ist jetzt nicht am Platze. Das Gebot der Stunde ist für uns alle: Einigkeit im Ziel und Handeln. Nur eine solche Einigkeit kann die in der Entwicklung begriffene Frucht zur vollen Reife bringen.

Berlin, 19. November 1918.

Otto Loh,
Kommandant der Volksmarine-Division.

Groß-Berlin.

Der Verkehr am Bestattungstage der Revolutionsofoper.

Die Bestattung der Revolutionsofoper ist trotz der ungeheuren Beteiligung am Leichenzug und der noch größeren Menge, die die Straßen säumte, ohne irgendwelche Störungen verlaufen. Die Absperrung war durch den Polizeipräsidenten, den Leiter des Sicherheitsdienstes dessen Vertreter im Benehmen mit den Leitern der Sicherheitsorgane der Vororte organisiert worden. Die getroffenen Vorregeln erwiesen sich als praktisch und gewährleisteten die störungslose Durchführung des gewaltigen Umzuges. Behilflich waren den Sicherheitsbeamten die durch rote Armbinden gekennzeichneten Ordner der verschiedenen Gewerkschaften. Neben der muster-gültigen Organisation des Sicherheitsdienstes war es das Publikum selbst, das den geordneten Verlauf ermöglichte. Es zeigte eine wohlhabende Haltung und kam den in freundlichen Worten gegebenen Anordnungen der Sicherheitsbeamten und Ordner überall in williger und verständiger Weise nach. Die größten Anstimmungen zeigten die Straßenden und Kreuzungspunkte, an denen besondere Kommandos für Ruhe und Ordnung sorgten. Selbst am Friedrichshain, wo sich die Menge häufte, kam es zu keinerlei Störungen. Der kilometerlange Leichenzug wurde hier, soweit die Teilnehmer nicht an der Bestattungsfeier selbst teilnehmen konnten, auf die verschiedenen Straßenzüge verteilt, von denen aus die Menae in Ruhe und Ordnung in das Stadttinnere und zu ihren Wohnungen zurückströmten.

Der Samariterdienst wurde von der Arbeiter-Samariter-Kolonie versehen. Da es jedoch nirgendwo zu Störungen gekommen ist, brauchte er nur wenig Hilfe zu leisten. Nur in einigen Fällen, wo Zuschauer zufolge des laugen Stehens ohnmächtig wurden, griffen sie helfend ein. Der Straßenverkehr war während der ganzen Zeit gesperrt. Die Straßenbahnen konnten erst wieder um 6 Uhr verkehren. Das Straßenbild selbst stand noch bis in die Abendstunden unter dem Eindruck der großen Trauerfeier.

An die Berliner Bevölkerung.

Der Polizeipräsident von Berlin, Eshorn, erläßt folgende Bekanntmachung: Die Berliner Schützmannschaft, welche ihres bisherigen militärischen Charakters völlig entkleidet ist, hat sich in ihrer Gesamtheit in den Dienst der heutigen Regierung gestellt. Sie steht jetzt jedem politischen Getriebe fern und ist lediglich dazu berufen, Ruhe, öffentliche Ordnung und Sicherheit des Verkehrs unserer Stadt zu erhalten. Beamte, welche früher politisch tätig waren, sind aus ihren Reihen entfernt worden. Damit muß aber auch der in einzelnen Kreisen noch bestehende Haß gegen die Schützmannschaft beseitigt sein und müssen Angriffe und Feindseligkeiten jeder Art für die Folge unterbleiben. Die Beamten versehen ihren Dienst vorläufig noch in der alten Kleidung mit Armbinde, bis Ersatz beschafft werden kann.

Bringe ein jeder der Ordnungsmannschaft in ihrer neuen Gestalt volles Vertrauen entgegen, leiste jeder willig und einrichtend ihren Anordnungen Folge, nur so werden wir zu der von uns allen erwünschten Ordnung kommen.

Die roten Fahnen. Zum heutigen Begräbnis der Opfer der Revolution waren die öffentlichen Gebäude gehalten, die rote Flagge auf Palast zu hissen. Das ist geschehen. Aber jämmerlich. Unter dem alten Regime hingen die Fahnen schwarzweißrot vom vierten bis in den ersten Stock. Jetzt reicht es nur zu lächerlich kleinen roten Tischtüchern. Ist das Absicht der Hausverwalter oder sonstiger Herrschaften? Oder denkt man sich die Reichshauptstadt von einer gewissen Tierart bevölkert, die kein Rot leiden kann?

Einkredlungen zum Sicherheitsdienst im Polizei-Präsidium werden, wie der Polizei-Präsident bekannt gibt, nur noch nach schriftlicher Anmeldung mit Lebenslauf per Post im Polizei-Präsidium Zimmer 132 erledigt. Bei Einstellung erfolgt Benachrichtigung ebenfalls per Post. Bei Nicht-einstellung Zurücksendung der Papiere.

„Proletariat und Intellektuelle.“ Ueber dieses Thema sprach am Dienstag in den überfüllten Proletariat des Westens Genosse Edward Bernstein. Er behandelte zunächst die Gemeinsamkeiten und Interessensgegenstände zwischen dem Proletariat und den Intellektuellen und ging dann auf die gegenwärtige Lage ein. Das Herz der Revolution sei das Proletariat. Aber zur Revolution gehöre auch der Verstand. Und deshalb werde der Bund zwischen Arbeiter und Intellektuellen gerade jetzt unverzichtbar sein. Schriftsteller Arthur Hoffner, Felix Springer, Studiosus Edel und Dr. Armin L. Wagner schlossen sich den Ausführungen demütig an.

Wahnsammlungen sollen demnächst in allen Stadtteilen Groß-Berlins eingerichtet werden. Veranlassung dazu hat die Mitteilung ergeben, daß sich eine ganze Reihe von Privatpersonen nach im Besitz von Waffen befinden, die sie in ihren Wohnungen aufbewahren. Nicht nur Gewehre, Karabiner und Pistolen haben sich gewisse Leute als „Kriegsandenken“ aufgehoben, sondern sogar Reichswegewehre hat man bei ihnen gefunden.

Die Räte wählen ihren Fortgang. Jetzt haben sich auch die Vorort zusammengefunden und einen Vorterrat gewählt. Nächstens werden sich auch noch die Räte zu einem Rat erkären.

Die städtischen Beamten Rekrutierten hatten zu Montag eine Versammlung nach der Vereinsbrauerei abgehalten. Die Versammlung beschloß, sich einmütig der neuen Regierung zur Durchführung ihrer Arbeiten zur Verfügung zu stellen. Es wurde mit Bedauern davon Kenntnis genommen, daß der Magistrat das Gehalt den Beamtenausdruck anerkennen und für

ng alle Beamtenfragen mit seinem Unternehmen zu regeln, nach nicht beantwortet hat.

Die Beamten und Angestellten der Stadt Berlin traten am Montag zusammen, um Vertreter in den A. und S. Rat zu wählen. Sie erklärten, der neuen Regierung ihre Dienste zur Verfügung stellen zu wollen.

Eine Versammlung aller Metallarbeiter und Arbeiterinnen der Firmen aus der Handelsstraße Belle-Alliance, lagte am Dienstag in Habels Brauerei. Der Vorkufer gab einen Bericht über den Beginn und bisherigen Verlauf der Revolution und wies auf die besondere Bedeutung der Nacht in den Händen des Arbeiter- und Soldatenrates hin. Der bisherige, provisorische Arbeiterrat erhielt durch Neuwahl seine Bestätigung, auch den Unternehmern gegenüber.

Erwischte Räuber. Auf dem Schiefen Bahnhof war beobachtet worden, daß es einer Bande unter Führung der weißen Armbinden gelungen war, große Mengen Lebensmittel und andere Waren zu beschlagnahmen und den Erlös in ihre Taschen zu stecken. Mit Unterstützung von Kriminalbeamten gelang es Sonntag früh zunächst einen Mann festzunehmen, bei dem 40000 Mark in Kaiserbrotmarken gefunden wurden. Gleich darauf wurden zwei weitere Personen dingfest gemacht, die mit dem Verhafteten in Verbindung gestanden hatten. Hier zeigte sich, daß man einen sehr guten Fang gemacht hatte. Die Gesellschaft war im Besitze von nicht weniger als 2 Millionen Mark und einer Unmenge von Lebensmitteln aller Art, die sie noch nicht hatten veräußern können. Die Beute stammte aus den Erlös von Waren, die sie aus Jügen aus Rumänien widerrechtlich an sich genommen hatten.

Zu einem Zusammenstoß zwischen Sicherheitsbeamten und Wandalen kam es in der letzten Nacht auf dem Güterbahnhof Weihenau. Zwei dort parkenstehende Landsturmleute bemerkten, wie sich eine 15köpfige Gesellschaft an die dort stehenden Güterwagen heranmachte, sie öffneten und plünderten. Sie schlichen sich in die Nähe der Häuser und riefen ihnen Halt zu. Die Plünderer verhielten sich jedoch im Stillen. Jetzt feuerten die Sicherheitsbeamten scharf und trafen einen der Plünderer, die sich aus russischen, französischen und rumänischen Kriegsgefangenen zusammensetzten, tödlich. Der Erschossene, dessen Persönlichkeit noch nicht festgestellt werden konnte, hatte 1 1/2 Zentner Waren bei sich.

Selbstmord aus Liebesgram. Die 18 Jahre alte Arbeiterin Gertrud Schöfel aus der Flottenstraße 3 wurde gestern in dem mit Gas angefüllten Zimmer tot in ihrem Bette liegend aufgefunden. Das lebensmüde Mädchen ist aus Liebeskummer in den Tod gegangen.

Schöneberg, Arbeiterturner und Turnerinnen! Die Turnhallenfeier ist aufgehoben. Das Turnen beginnt heute wieder Turnhalle Reichsgadener Straße.

Pollische Nachrichten.

Obstruktion der böhmischen Banken. Gelegentlich einer Besprechung im böhmischen Finanzministerium mit Vertretern sämtlicher böhmischer Banken über die Frage der Zahlungsmittelnot erklärte alle Bankvertreter sich entschieden gegen jegliche Zwangsmaßnahmen der Regierung. Das Volksgeld des Reichsstaats Bayern soll vorläufig in Höhe von 60 Millionen Mark ausgegeben werden.

Die Wahlen für die verfassunggebende Landbevölkerung sind für die neue Regierung von Bessen-Darmstadt alsbald einzuberufen. Im Staatsministerium werden die Vorbereitungen für den Entwurf der neuen Wahlordnung vielleicht schon in der kommenden Woche abgeschlossen sein. Das ganze Land wird einen Wahlkreis bilden, so daß die Wahlen ein möglichst unverfälschtes Bild der politischen Auffassung des Deutschen bieten würden. In Aussicht genommen ist, die Wahlen alsbald vorzunehmen.

Der deutsche Polizeipräsident in Warschau, von Giesenapp, wurde vor einigen Tagen verhaftet und in die Warschauer Zitadelle gebracht. Brigadier Wikowski, der von Giesenapp seinerzeit verhaftet und nach Magdeburg geschickt wurde, hat, um sich seinem erbitterten Feind gegenüber großmütig zu zeigen, Giesenapp unversehrt aus der Haft befreit lassen.

Die deutschen Soldaten polnischer Nationalität, die sich im Osten befinden, haben polnische Wählern zufolge beschlossen, sich der polnischen Deeresverwaltung zur Verfügung zu stellen. In Warschau allein sind 6000 solcher Soldaten gebildet, in ganz Polen über 10 000. Sie tragen deutsche Uniformen mit einem polnischen Adler an der Hüfte.

Die Besetzung Lothringens. Die 12 französischen Zeinsoonen mitteilen, ist die aus 10 Divisionen bestehende dritte amerikanische Armee dazu bestimmt, Lothringen zu besetzen. Sie zählt 350 000 Mann und steht unter dem Oberbefehle des Generalmajors Diemann.

Reg besetzt. Marschall Petain, der Oberbefehlshaber der französischen Armeen, hat nachmittags seinen Einzug in die Stadt Metz an der Spitze der von General Leconte geführten Truppen gehalten.

Nachkehr der belgischen Regierung. Das belgische Königspaar ist unmittelbar nach der Besetzung durch die belgischen Truppen in Antwerpen angekommen. Die belgischen Minister trafen gestern in Brüssel ein. Die Kammer wird am Freitag eröffnet. Unmittelbar darauf wird das Ministerium seine Entlassung nehmen.

Der Rückzug durch Luxemburg. Noch immer passieren große deutsche Heeresmassen auf dem Heimweg durch Luxemburg. Die Ordnung und Organisation ist an Stelle des anfänglichen Durcheinanders wiederhergestellt. Die Presse stellt fest, daß die Soldaten guten Eindruck machen. Donnerstag sollen die Grenztruppen die luxemburgische Grenze besetzen, am 24. November treffen sie in der Stadt Luxemburg ein. Der Süden des Landes wird von Amerikanern, der Norden von Franzosen besetzt. In Longwy kamen bereits amerikanische Vorposten an.

Wiederaufnahme der Schifffahrt. Nach einer hier eingetroffenen amtlichen Mitteilung aus England wird eine feste Bohreinne zwischen Holland und England angelegt, die in 10-14 Tagen fertig sein wird. Dieraus wird den niederländischen Schiffen die Fahrt durch den Kanal gelichtet. Sie werden hauptsächlich auslaufen müssen, um dort Instruktionen zu erhalten. Auch der Suez-Kanal ist wieder eröffnet.

Generalsirei in Portugal. Nachrichten aus Lissabon über Madrid zufolge ist am Montag in Portugal ein Generalsirei ausgebrochen; der gesamte Verkehr liegt still.

Letzte Nachrichten.

Uebergabe der ersten U-Boote.

London, 20. November. (Neuer.) Der britische Admiral Trenchard übernahm heute nach Tagesanbruch 80 U-Boote, die dem Reich von seinem Kapitän aus die ersten 30 U-Boote, die ausgeliefert wurden. Die Boote gehen mit ihren eigenen Besatzungen nach Danzig.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. E. Rehrig, Danzig, Danzigerstr. 10. Druck: der Lindendruckerei und Verlagsge. m. d. B. Schiffbauerdamm 19.